



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

41. Ratssitzung vom 15. März 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/270 und 2022/275

1527. 2022/270

Postulat von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom 22.06.2022: Verhinderung von Öko-Vetternwirtschaft bei Klimaschutzprojekten

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/270 und 2022/275

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2022/270 (vergleiche Beschluss-Nr. 268/2022) und nimmt zur Interpellation GR Nr. 2022/275 Stellung: In diesem Saal sollen Milliarden von Franken an Steuergeldern für zahlreiche Klimaprojekte bewilligt werden. In der Politik ist das Risiko, der Vetternwirtschaft zu verfallen, gross. Kein Wunder also, dass momentan auffallend viele Ökofirmen gegründet werden. Unter den Gründern finden sich viele Linke, Grüne oder ihnen nahestehende Personen. Der Stadtrat soll nun prüfen, wie Vetternwirtschaft bei Klimaprojekten verhindert werden kann. Insbesondere sollen sich Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats nicht indirekt oder direkt an durch Steuergelder finanzierten Klimaprojekten beteiligen können. Das Moratorium soll während der Amtszeit und fünf Jahre darüber hinaus aktiv sein. Ich komme auch noch kurz zur Interpellation zu diesem Thema: Der Stadtrat hält fest, dass die bestehenden Gesetze gegen Vorteilnahme ausreichen, um diese zu begrenzen. Das Problem wird offensichtlich unterschätzt. Eine reine Pflicht zur Offenlegung von Interessenskonflikten reicht nicht. Absprachen zwischen Baubetrieben oder Telekomfirmen zeigen dies.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: Der Stadtrat setzt alles daran, die Netto-Null-Ziele der Stadt zu erreichen. Dazu gehört das Heranziehen qualifizierter Personen und Firmen. Es gibt effektive Gesetze gegen Vetternwirtschaft, die zum Zuge kommen. Tatsächlich sitzen aber auch hier Menschen, die einen wichtigen Beitrag zu Netto-Null leisten können. Das soll weiterhin machbar sein. Der Vorwurf der Bevorzugung von Menschen aus dem links-grünen Lager ist haltlos. Uns unterstützen diejenigen, die am meisten beitragen können.

Weitere Wortmeldungen:

David Ondraschek (Die Mitte): Wir lehnen Vetternwirtschaft selbstverständlich ab. Es stellt sich aber die Frage, ob die Vergabe von Klimaprojekten an Gruppen, die der Politik nahestehen, automatisch einer Öko-Vetternwirtschaft entspricht. Es ist naheliegend,



dass sich Firmen in diesem Tätigkeitsbereich mit Politikern vernetzen, die sich mit ökologischen Themen auseinandersetzen. Das bringt Chancen und Gefahren mit sich. Das Postulat weist nur auf die Gefahren hin, nicht aber auf die Chancen. Bei hochkomplizierten Themen wie dem Klima sind die Chancen ebenso erwähnenswert.

Ursina Merkler (SP): *Die SVP unterscheidet zwischen Vetternwirtschaft und Öko-Vetternwirtschaft. Zur Verhinderung von Vetternwirtschaft gibt es in Zürich zahlreiche Bestimmungen: Regelungen zur Unvereinbarkeit von bestimmten Ämtern, zur Offenlegung von Interessenskonflikten, zum Ausstand und zum öffentlichen Vergaberecht. Wieso sollen Klimaschutzprojekte anders behandelt werden, bloss, weil sie der SVP nicht genehm sind? Der Stadtrat hat dargelegt, dass die bestehenden Massnahmen gegen Vetternwirtschaft ausreichen. Der SP sind diese Massnahmen äusserst wichtig, unabhängig davon, um welches Projekt es sich handelt. Das Postulat ist unnötig und ungerecht.*

Dominik Waser (Grüne): *Johann Widmer (SVP) hat gerade ein grandioses Eigentor geschossen. Was du in deinen Ausführungen beschrieben hast, trifft am allerbesten auf den Bundesrat deiner eigenen Partei zu. Er wirtschaftet seit Jahrzehnten so, sei es bei Öl, Gas oder sonstigem. Räumt doch erst einmal bei euch auf.*

Andreas Kirstein (AL): *Interessant ist, dass die SVP Vetternwirtschaft in den Branchen an den Pranger stellt, wo ihre eigenen Politiker eher unterrepräsentiert sind. Böseartig gesagt: Die SVP greift das Erfolgsmodell Schweiz an. Die Schweiz brilliert in der Beziehungspflege zwischen Politik und Wirtschaft. Wo die Beziehungspflege aufhört und die Vetternwirtschaft beginnt, ist etwas schwammig definiert. Wichtig ist, dass wir genau hinschauen und eine einseitige Bevorzugung verhindern. Eine separate gesetzliche Regelung bei Klimaprojekten braucht es nicht. Die SVP kann sicherlich auch zufriedengestellt werden, wenn ihren Politikern ein paar Projekte zugespielt werden.*

Martina Novak (GLP): *Die Interpellation hat bei uns zu Stirnrünzeln geführt. Wirksame Regelungen existieren bereits. Teils greifen sie zwar etwas spät, der Vorstoss stellt aber einen happigen Generalverdacht auf. Gleichzeitig ist uns die SVP in ihrer Ausführung der Missstände einen Beweis schuldig. Statt mit zeitschindenden Vorstössen sollten wir uns besser mit der Umsetzung von Netto-Null beschäftigen.*

Samuel Balsiger (SVP): *Der Stadt- und Gemeinderat haben einen Coup gelandet: Der Bevölkerung wurde Todesangst gemacht, um Abstimmungen mit Klimathemen zu gewinnen. Nun werden Steuergelder an Links-Grüne vergeben, unter dem Vorwand, dem Willen der Stimmberechtigten gerecht zu werden. Wenn es um so viel Geld geht, gibt es immer Profiteure. Auch deswegen wird uns die irrationale Klimahysterie nie mehr loslassen: Die Linke hat den Jackpot gefunden. Reale Veränderungen am Weltklima interessieren sie nicht, bloss die Bereicherung ihrer selbst.*

Das Postulat wird mit 33 gegen 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



3 / 3

1528. 2022/275

**Interpellation von Johann Widmer (SVP) und Samuel Balsiger (SVP) vom
22.06.2022:**

**Umsetzung des Netto-Null-Ziels, Verhinderung von Öko-Vetternwirtschaft bei
öffentlich finanzierten Projekten und Massnahmen zur Offenlegung von
finanziellen Vorteilen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1612 vom 14. Dezember 2022).

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/270, Beschluss-Nr. 1527/2023.

Johann Widmer (SVP) nimmt Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements
Stellung.

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat